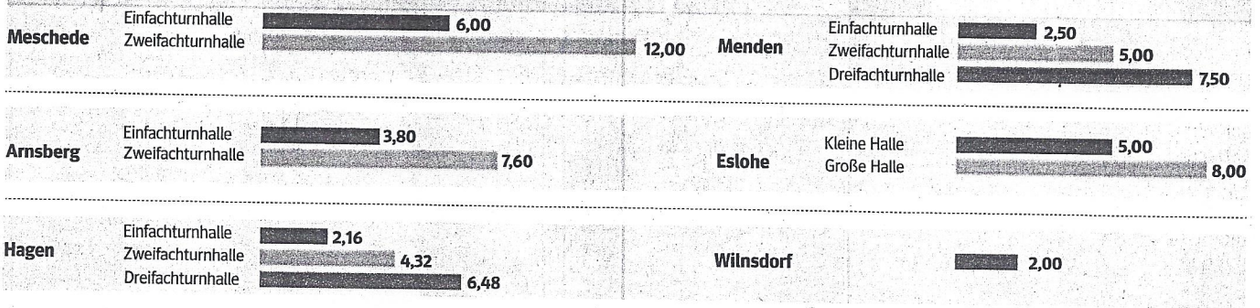
Hallennutzungsgebühren in Südwestfalen



Gebühren in Euro pro Stunde • Ausgesuchte Beispiele



GRAFIK: MANUELA NOSSUTTA • FOTO: GETT

IKZ 04.11.14

Gebühren sportlich genommen

Mehr als die Hälfte aller Kommunen im Land verlangt mittlerweile Hallennutzungsentgelte. Sportvereine müssen Mitgliedsbeiträge erhöhen

Von Nina Grunsky

Hagen. Sport ist teurer geworden in Menden: Seit einem Jahr verlangt die Stadt ein Entgelt für die Nutzung von Turnhallen und Schwimmbädern. Seitdem hätten Vereine reihenweise die Mitgliedsbeiträge erhöhen müssen, bestätigt Markus Kisler, stellvertretender Vorsitzender des Stadtsportbundes in Menden. In seinem eigenen Verein, dem TTC-DJK Lendringsen hätten die Mitglieder dies getragen. Doch: „Die Empörung in der Stadt war groß", blickt er zurück.

Ob sie allerdings so groß war, dass Vereine viele Mitglieder verloren haben, vermag er noch nicht zu sagen. Eine Bestandsaufnahme könne man erst zum Ende dieses Jahres ziehen, so Kisler. Zumindest seien die Vereine in der Stadt an dem Entgelt „nicht reihenweise kaputtgegangen", räumt er ein. Doch habe es zumindest Diskussionen darüber gegeben, einzelne Abteilungen zu schließen.

Lange dagegen gewehrt

2,50 Euro zahlen die Vereine in Menden nun pro Stunde für die Nutzung einer Einfachturnhalle, 5 Euro für eine Zweifach- und 7,50 Euro für eine Dreifachturnhalle. Auch für die Bäder fallen Gebühren an: 2,50 pro Stunde und Bahn zum Beispiel im Sportbecken des Hallenbads.

Die Kassen der Kommune sind leer; Menden ist Mitglied im NRW-Stärkungspakt für stark überschuldete Gemeinden im Land. Die Stadt muss ihren Etat in den kommenden Jahren sanieren – und dazu auch Sportvereine heranziehen.

> **„Die Empörung in der Stadt war recht groß."**
> **Markus Kisler,** Stadtsportbund Menden

So wie das ebenfalls mehr als klamme Hagen, wo man ab dem kommenden Jahr eine „Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportstätten" von den Vereinen verlangen wird, die 180 000 Euro jährlich einbringen soll. Lange hatte man sich in Hagen gegen die Umlage gewehrt; frühere, für die Vereine erheblich teurere Konzepte hatte die Ratsmehrheit stets abgeschmettert. Nun aber, so das Argument in Hagen, verlange das Regierungspräsidium in Arnsberg die Umlage zur Haushaltssanierung.

Einzelfälle aber sind Menden und Hagen längst nicht mehr. Egal ob Entgelt, Umlage oder Gebühr – mittlerweile forderten mehr als 50 Prozent aller Kommunen in NRW von den Sportlern, sich an den Kosten für Hallen und Bädern zu beteiligen, erklärt Achim Haase vom Landesportbund. „Tendenz weiter steigend", fügt er hinzu.

Die Spannbreite, was die Gemeinden erheben, sei allerdings groß, so Haase. Auch in Südwestfalen sind die Unterschiede merklich: Während in Hagen künftig 2,16 Euro pro Stunde für eine Einfach- und 4,32 für eine Zweifachhalle anfallen sollen, zahlen Vereine in Meschede 6 Euro für die Einfach- bzw. 12 Euro für die Zweifachhalle pro Stunde.

Ausgenommen sind von diesen Beiträgen vielerorts – wie in Meschede zum Beispiel – Kinder- und Jugendgruppen der Vereine. In Arnsberg müssen Vereine ein höheres Entgelt bezahlen, deren Anteil an Jugendlichen Mitgliedern weniger als 20 Prozent beträgt. Und in wieder anderen Kommunen – wie Wilnsdorf – zahlen Jugendgruppen eine stark reduzierte Gebühr.

„Gebühr ist kontraproduktiv"

Wenn das Entgelt schon unumgänglich sei, dann müssten Kinder- und Jugendliche davon ausgenommen werden, fordert Achim Haase vom Landessportbund. Alles andere wäre seiner Meinung nach nicht im Sinne der Kommunen und des Landes, die sich eigentlich darum bemühten, die Jugendlichen in Bewegung zu bringen, vom Computer wegzulocken. „Da wäre eine Gebühr kontraproduktiv", so Haase.

Dennoch habe man auch „ein gewisses Maß an Verständnis" für die Gebühren angesichts der Finanzlage vieler Kommunen. Das Entgelt völlig abzulehnen, wäre wohl eher weltfremd, nimmt er es sportlich. Wenn eine Kommune ihren Haushalt nicht genehmigt bekomme, seien die Hallen am Ende gar nicht zu nutzen, gibt er zu bedenken.

Und doch sind ihm die Gemeinden die liebsten, die ganz auf die Gebühr verzichten. Fröndenberg zum Beispiel. Auch hier hatte man 2010 darüber diskutiert, am Ende aber dagegen entschieden. „Letztlich", so eine Vertreter der Stadt, „war das Haushaltssicherungskonzept auch ohne die Umlage möglich."

Auch eine Frage der Gerechtigkeit

■ Nicht immer erheben die Kommunen Gebühren nur aus Finanznot. Eslohe zum Beispiel verlangt seit August 2011 Geld für seine Hallen – auch aus Gründen der Gerechtigkeit, heißt es. Schließlich fordere man auch für die Schulaula oder die Räume im Kurhaus Gebühren. „Man wollte **eine einheitliche Regelung.**"